

Medienmitteilung

Parteiversammlung BDP Kanton Bern

Klare Zustimmung zum Energie- und zum Polizeigesetz

Die Mitglieder der Bürgerlich-Demokratischen Partei Kanton Bern (BDP) haben heute in Jegenstorf die Parolen für die Volksabstimmungen vom 10. Februar gefasst. Die beiden kantonalen Vorlagen stiessen bei den Parteimitgliedern auf grosse Zustimmung. Zudem wurden die Nein-Parole zur Zersiedelungsinitiative und die JA-Parole zur Änderung des Waffengesetzes gefasst.

In der ersten Parteiversammlung des Jahres sprach Parteipräsident Jan Gnägi über den bewegten Anfang dieses Wahljahres. Mit der Ankündigung von Ständerat Werner Luginbühl, bei den Wahlen nicht mehr anzutreten, der Ständerats-Kandidatur von Beatrice Simon und der Wahl von Philip Kohli zum höchsten Berner hat das Jahr für die BDP mit vielen Schlagzeilen begonnen.

Klares NEIN zur Zersiedelungsinitiative

Nationalrat Hans Grunder führte aus, dass die Schonung des Kulturlandes zwar ein wichtiges Anliegen sei, zuerst aber die Wirkung des revidierten Raumplanungsgesetzes abgewartet werden müsse. Mit grosser Mehrheit beschlossen die Anwesenden die Nein-Parole und erteilten dieser Initiative eine klare Absage.

JA zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie

Nationalrat Lorenz Hess erläuterte den Delegierten die Anpassungen im schweizerischen Waffenrecht. Die Auswirkungen seien insbesondere für Jäger und Schützen gering und rechtfertigen das Referendum in keiner Weise. Die Mitglieder fassten einstimmig die Ja-Parole zu dieser Vorlage. Sie stufen die Gefährdung des Schengen-Abkommens somit als weit problematischer ein.

JA zum kantonalen Energiegesetz

Die Parteimitglieder folgten mit der Ja-Parole zum Energiegesetz den Ausführungen von Grossrat Ueli Frutiger. Nach Annahme der „Energierategie 2050“ im Mai 2017 soll der Kanton Bern mit einem fortschrittlichen Energiegesetz den Willen zur CO₂-Reduktion und zum Klimaschutz bekräftigen. Mit diesem Gesetz kann der Kanton Bern seine Vorreiterrolle im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz ausbauen.

JA zum Polizeigesetz

Das neue Polizeigesetz schafft rechtliche Grundlagen, welche die heutigen Anforderungen erfüllen und eine effiziente Zusammenarbeit der Gemeinden mit der Kantonspolizei ermöglichen. Das neue Gesetz ist insbesondere in den Bereichen Internetkriminalität sowie häusliche Gewalt und Stalking zeitgemäss und vereinfacht künftig die Abrechnungsmethoden zwischen Gemeinden und der Polizei. Die BDP-Mitglieder fassten einstimmig die Ja-Parole zum PolG.

JA zum Sozialhilfegesetz

Grossrätin Anita Herren erläuterte den Parteimitgliedern das neue Sozialhilfegesetz. Die BDP-Fraktion war wesentlich an der Ausarbeitung dieses Gesetzes beteiligt. Die Mitglieder fassten nach intensiven Diskussionen die Ja-Parole zum Sozialhilfegesetz und lehnen den Volksvorschlag Sozialhilfe ab.

Auskunft:

Jan Gnägi, Präsident BDP Kanton Bern

079 299 37 77

23.01.2019